# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

**Organ der Vereinigten Sozialdemokratie**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatl. 18000,— M., durch die Post bezogen monatl. 18000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 3000,— M. Einzelnummer 700,— M. Sonnabendnummer 1000,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1500,— M., auswärts 1800,— M., die 8gespaltene Reklamezeile 7000,— M., auswärts 8000,—, Ausland 6000 u. 20000 M. Bei mehrmalig. Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 500 M.

Nr. 156 | Dresden, Sonnabend den 7. Juli 1923 | 34. Jahrg.


# Kampfbeginn in Berlin

## Der Streik in der Metallindustrie

Die Streikleitung der Berliner Metallarbeiter hat beschlossen, daß am 6. Juli folgende Betriebe in den Streik zu treten haben:

**Ariadne, Ambi-Konzern, Akkumulatorenfabrik, Oberschönweide, Aga-Lichtenberg, Miz u. Genest, Gehrmann u. Co., Anhaltische Maschinenfabrik, Borsigwalder Metallwerke, Borsig, Berlin-Karlsruher Industriewerke, Cassirer u. Co., Bergmann, Seestraße, Deutsche Kabelindustrie, Kabelwerk Lichtenberg, Telephonwerke Stock-Lichtenberg, Deutsche Eisengießerei-Britz, Flohr, Chausseestraße, Hartung-Lichtenberg, Hartung, Wielefftstraße, Gebr. Israel, Jachmann-Borsigwalde, Jaroslaw-Weißensee, Fürst-Adlershof, Knorr-Bremse Berlin u. Oberspree, Loewe, Lorenz, Dr. Paul Meyer, Lynarstraße und Drontheimer Straße, Kabelwerke Neukölln, Neue Messingwerke, Nitroliz, Orenstein u. Koppel, Pinkus, Rasoma, Roza, Riewe, Emil Stein, Pichazeck, Stock-Motorpflug, Berlin und Oberschönweide, Suskazis, Schuchardt, Neukölln, Schuchardt, Ringestraße, Siemenskonzern, Siemens-Lichtenberg, Armin Tenner Werner, Lützowstraße, Wolff, Lette u. Jacobn, Fink-Raffinerie, Zwietusch, Kulecki u. Böhm, Vereinigte Isolatorenwerke.**

**Weiter hat die Streikleitung beschlossen, daß Notstandsarbeiten auszuführen sind. Ueber die Art der Notstandsarbeiten ist der Streikleitung Mitteilung zu machen. In Streitfällen entscheidet die Streikleitung. Schwerkriegsbeschädigte im Sinne des Gesetzes brauchen sich am Streik nicht zu beteiligen. Monteure, die sich außerhalb Berlins auf Montage befinden, dürfen nur durch die Streikleitung zurückberufen werden.**

Damit ist das Ringen in der Berliner Metallindustrie in das entscheidende Stadium getreten. Bis zum letzten Augenblick hat die Organisationsleitung der Arbeiterschaft jedes Mittel versucht, den Riesenkampf zu vermeiden. Wäre auf der andern Seite ein gleiches Maß von Verantwortungsgefühl vorhanden, dann wären dem deutschen Volk die schweren Folgen, die ohne weiteres in der gegenwärtigen Zeit aus solchen Kämpfen entstehen müssen, erspart geblieben. Denn wenn auch heute noch die Organisationsleitung der Arbeiterschaft, wie das aus der obigen Meldung ersichtlich ist, das Bestreben hat, die Auswirkung des Streikes zu lokalisieren, vermag zur Stunde noch niemand zu sagen, ob nicht die Berliner Streikbewegung auch übergreift auf andre Gebiete des Reiches. Die Not, das Elend, die sich immer mehr und offensichtlich verschlechternde Lebenslage der Arbeiterklasse schafft nur allzu günstigen Boden für eine Bewegung, die sich, wie hier in Berlin, elementar aus den Massen herauswächst und die durch das provozierende Verhalten und die hinschleppende Taktik der Unternehmer in den letzten Tagen anläßlich der Verhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter bis zum Siedepunkt gesteigert ist.

Allerorts leidet die Arbeiterschaft unter der gleichen Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, und wenn gegenwärtig in Berlin 300000 bis 400000 Metallarbeiter direkt an der Bewegung beteiligt sind, so wissen wir, daß diese Arbeitermassen auf vorgeschobenem Posten einen Kampf führen, bei dem sie mit dem Kampfwillen aller organisierten Arbeitnehmer in Deutschland rechnen dürfen. Und deren Not und Leid, deren Erbitterung und Zorn wird die 400000 standfest machen, während wir an Opfern das höchste zu leisten haben, um den Kampf finanziell zu unterstützen. Denn ihr Kampf ist auch unser Kampf. Von unserm Kampfwillen, von unsrer Zähigkeit, von unserm Opfermut wird es abhängen, ob die Berliner Kämpfe zum siegreichen Ende geführt werden können. Es geht hart auf hart.

Das vereinigte Ausbeutertum setzt den Würgergriff an die Kehle des Proletariats. Solch Unterfangen muß verhindert werden. Die Berliner Metallarbeiter, die deutsche Arbeiterklasse hat diesen Titanenkampf nicht gewollt, die Schuld liegt allein auf der Seite der Industriellen. An dem einheitlichen und geschlossenen Willen des Proletariats wird und muß der Schlag des Unternehmertums, den es rücksichtslos in einer Zeit schweren Ringens an Rhein und Ruhr gegen den Hauptverteidiger deutscher Interessen und deutscher Kultur führt, zerschellen. Eiserner Wille, strenge Disziplin, reicher Opfermut, das ist das Gebot der Stunde!

* * *

### Zum Schutze der Währung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

**Entwurf eines Strafgesetzes zum Schutze der Währung.**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

**§ 1. Wer fremde Zahlungsmittel oder wer Edelmetalle ohne berechtigten wirtschaftlichen Bedarf gegen deutsche Zahlungsmittel kauft oder solche gegen Edelmetalle oder fremde Zahlungsmittel verkauft, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.**

**Ebenso wird bestraft, wer mit Bezug auf Edelmetalle oder deutsche oder fremde Zahlungsmittel andre Rechtsgeschäfte eingeht, von denen er erkennen muß, daß sie ihrer Art nach geeignet sind, die deutsche Währung zu schädigen. Wurde die Handlung in der Absicht begangen, die deutsche Währung zu schädigen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.**

**§ 2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen. Die Höhe der Geldstrafe ist unbegrenzt.**

**Die Edelmetalle oder ausländischen Zahlungsmittel, durch die die Straftaten begangen wurden oder werden sollten, oder die durch die Straftaten gewonnen wurden, sind ohne Rücksicht auf die Rechte Dritter einzuziehen. Sind sie nicht erreichbar, so ist ihr Wert einzuziehen.**

Außerdem wurde folgender Antrag eingebracht:

**Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar 1923 eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit für die Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden zu erlassen.**

**Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgestellten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Lohnmeßziffer) gebracht wird. Zu dem jeweils vereinbarten Grundlohn tritt ein Zuschlag nach dem Verhältnis der durch den Lohnindex wöchentlich ermittelten Minderung der Kaufkraft der Mark. Der Lohnindex setzt sich zusammen aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex und einem mit den zuständigen Organisationen zu vereinbarenden Meßfaktor, durch den die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung Berücksichtigung findet;**

**für die Beamten und die auf Privatdienstvertrag tätigen Angestellten sind diese Grundsätze sinngemäß anzuwenden;**

**nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterstützungen wertbeständig zu gestalten;**

**die zuständigen Stellen anzuweisen, Tarifverträge, die Klauseln zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu erklären;**

**für die Angestellten in privaten Unternehmungen die mindestens 14tägige Gehaltszahlung anzuordnen;**

**Aufträge des Reiches nur an solche Firmen zu vergeben, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit ihrer Entlohnung eingeführt haben.**

# Schwerster Druck

**Duisburg**, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Duisburg hat sich die Lage außerordentlich verschlechtert. Obwohl in der Ausnahmeverordnung nichts davon gesagt worden ist, daß die Fenster geschlossen werden müssen und sich niemand am Fenster zeigen darf, wird von den belgischen Wachtposten fortwährend in die Häuser geschossen. Auch werden ohne weiteres Personen aus den Häusern heraus verhaftet. Die Verhafteten mußten mit hochgehobenen Händen durch die Stadt gehen. Die Anzahl der Verhafteten ist so groß, daß es kaum noch möglich ist, die Zahl festzustellen. Das gleiche trifft auf die Zahl der Verwundeten zu. Die freigelassenen Verhafteten klagen allgemein über die schweren Mißhandlungen.

Am 5. Juli griff die Besatzungsbehörde in das geschäftliche Leben Duisburgs schwer ein. Die Reichsbank wurde besetzt und das Geld beschlagnahmt. Die Höhe der beschlagnahmten Summe konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Stadt Duisburg ist in ihrem Geldverkehr schwer getroffen. Die meisten Banken haben geschlossen. Den Arbeitgebern war es im allgemeinen unmöglich, am Freitag die Gelder zur Zahlung der Löhne aufzubringen. Daß derartige Zustände stark auf das Gemüt der Bevölkerung einwirken, ist begreiflich. Leider besteht die Gefahr, daß es noch schlimmer kommt. Schon in der nächsten Woche wird die Lebensmittelversorgung in Duisburg in Frage gestellt sein. Frisches Fleisch und Kartoffeln gibt es überhaupt nicht mehr. Die übrigen Lebensmittel werden nach einer Vereinbarung mit den Händlern nur noch in kleinen Mengen an die Verbraucher abgegeben. Der Versuch des Lebensmitteldezernenten von Duisburg, bei dem Ortsdelegierten eine Ausreiseerlaubnis für die Lebensmittelhändler zu erhalten, wurde abgewiesen.

Die französischen Züge sind überfüllt. Es verkehren täglich ab Duisburg 9 Züge in der Richtung Düsseldorf, 6 in der Richtung Essen und 8 in der Richtung Oberhausen-Wanne. Die Mehrzahl der mitfahrenden Deutschen gehört dem sogenannten Mittelstand und den kleinen Gewerbtreibenden an; die Arbeiterschaft ist nur in ganz vereinzelten Fällen vertreten.

Für die Stadt Hamborn, die direkt an Duisburg grenzt, ist ein Verbot des Personenverkehrs nach 8 Uhr abends nicht erlassen worden. Als am 4. Juli abends kurz nach 8 Uhr auf Hamborner Gebiet einige Personen auf der Straße standen, wurde von dem auf Duisburger Gebiet befindlichen Posten trotzdem auf sie geschossen. Eine Person wurde durch einen Beckenschuß schwer verletzt. Ein im Nebenhause wohnender Arzt weigerte sich, dem Schwerverletzten Hilfe zu leisten, weil weiter geschossen wurde. Erst dadurch, daß man an der Hinterseite der Gebäude Leitern anlegte, war es möglich, auf diesem ungewöhnlichen Wege den Arzt zu dem Verwundeten zu holen. In den beiden letzten Nächten hat ein wahres Schnellfeuer auf Hamborner Gebiet stattgefunden. Die aus den Thyssen-Werken in der Nacht fahrenden Eisenbahner waren gezwungen, gegen 12 Uhr ihren Dienst wegen der großen Lebensgefahr einzustellen.

# Die Reichsarbeiterlöhne

**Die am gestrigen Freitag geführten Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben am späten Abend zu einer Einigung geführt.**

**In der Ortsklasse A wird der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage ab 1. Juli für den Handwerker 8208 M., für den ungelernten Arbeiter 7689 M. betragen. Die höchste Ortslohnzulage beträgt künftig 50 Prozent.**

**Die Verhandlungen über die Bezüge der Reichsbeamten und -angestellten werden heute Sonnabend vormittag geführt.**

**Die eingeleiteten Verhandlungen über die Erhaltung des Lohnwerts sollen baldigst fortgeführt werden.**

# Die „unabhängige" Presse

Wir haben in unserm Artikel „Die großkapitalistische Dirne" (Donnerstag Nr. 154) die Auseinandersetzungen behandelt, die sich zwischen dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, und dem Verein Deutscher Zeitungsverleger entsponnen haben, weil der Ullsteinredakteur in einem Artikel endlich einmal ausgesprochen, in wie starkem Maße beträchtliche Teile der bürgerlichen Presse von kapitalistischen Geldgebern oder ihren Nachrichtenbureaus, Konzernen und Inseratenagenturen abhängig sind. Zu den Zeitungen, die sich berufen fühlen, die Ehre des deutschen Journalistenstandes und des deutschen Verlegertums gleichzeitig zu wahren, gehören die Dresdner Neuesten Nachrichten. Es ist notwendig, darauf noch einmal einzugehen, nicht allein, weil sich ausgerechnet die Neuesten Nachrichten zu dieser Ehrenrettung des bürgerlichen Journalismus berufen fühlen, sondern auch, weil sie es mit einer Naivität ohnegleichen tun und einen Zeitungstypus darstellen, an dem sich besonders gut demonstrieren läßt, was sich unabhängige Presse nennt.

In diesem Abwehrartikel der N. N. wird behauptet, es gäbe „wohl kaum ein Land auf der ganzen Erde, das über eine so weitverbreitete unabhängige und selbständige Presse verfügt wie Deutschland". Noch nicht ganz 5 Prozent der über 2000 in Deutschland erscheinenden Zeitungen gehörten jemand anders als ihren bekannten Herausgebern. Herr Georg Bernhard müsse sich so bald wie möglich zu der groben Beleidigung der Redakteure und der Verleger äußern und erklären, „welche deutschen Redakteure er unter diesen neun Zehnteln verstanden wissen will, von wem er behauptet, daß er bei seiner täglichen Arbeit gekauft worden ist". Was den Prozentsatz der vom Großkapital direkt abhängigen Presse angeht, so hat ihn Georg Bernhard in der auch von uns zitierten Antwort der Vossischen Zeitung nach ihm vorliegenden Material auf etwa 30 Prozent geschätzt. Erheblich größer ist auch nach Georg Bernhard jener ungeheure Prozentsatz der bürgerlichen Presse, die auf eine weniger durchsichtige und weniger kontrollierbare Art mit den Privatinteressen kapitalistischer Kreise verknüpft ist. Und wenn der Artikelschreiber der Dresdner Neuesten Nachrichten gar behaupten will, die Redakteure eines nennenswerten Teiles der bürgerlichen Presse seien „unabhängige, freie Persönlichkeiten", so wird man darüber in den Kreisen seiner Kollegen herzlich lachen.

Wir haben verschiedene bürgerliche Blätter und ihre Art, öffentliche Meinung zu machen, mehrfach unter die kritische Lupe nehmen müssen und werden uns wahrscheinlich noch oft dazu gezwungen sehen. Wenn wir von Korruption in der bürgerlichen Presse sprechen, so möchten wir hier einmal nebenbei klarstellen, wie weit wir dabei nicht nur auf ein gewisses Verlegertum, sondern auch auf ihre journalistischen Angestellten zielen. Man kann innerhalb der bürgerlichen Presse dreierlei Arten Journalisten unterscheiden: die einen, die auf dem Boden einer bestimmten politischen Anschauung stehen und sich den Tätigkeitskreis nach dieser ihrer Anschauung wählen; die andern, die politisch im allgemeinen indifferent sind, die die Verantwortung für die Leitung und Haltung des Blattes dem Herausgeber und Chefredakteur überlassen und sich also in dem guten Glauben befinden, an dem politisch-moralischen Gesicht des Blattes unschuldig zu sein. Und dann die Dritten, die je nach Bezahlung und Bedarf heute diese, morgen jene Anschauung vertreten und aus der Politik bewußt ein nacktes Geldgeschäft machen.

Was heißt es also, wenn der Artikelschreiber der Dr. N. N. von den Redakteuren spricht? Es gibt „sone" und es gibt „solche", wie der Berliner sagt. Es gibt „sone", die sich den finanziellen Interessen bürgerlicher Blätter gefügig wie irgendeinem andern Geschäft anpassen, und es gibt aberhunderte bürgerlicher Journalisten, die sich unglücklich fühlen unter dem Verlegerjoch, das über ihnen aufgerichtet wird.

Weiß von alledem der Artikelschreiber der Dresdner Neuesten Nachrichten wirklich nichts, dann mag er sich in Journalistenkreisen endlich informieren. Weiß er wirklich nichts davon, in welchem Abhängigkeitsverhältnis voneinander in der bürgerlichen Presse zum Beispiel Textteil und Inseratenteil stehen?! Hat er wirklich keine Ahnung von dem großen Teil Blätter, die durchaus nicht in den Händen von Stinnes und Hugenberg sind, die sich aber in ihrem Textteil sehr danach zu richten wissen, wer und was im eigenen Blatte inseriert — und in welchem Umfang? Und weiß er nicht, welch traurige Konzessionen der größte Teil der bürgerlichen Blätter an den Geschmack der Leser macht? Hat er wirklich keine Ahnung davon, daß z. B. der Romanteil der Dresdner Neuesten Nachrichten so ziemlich den schlimmsten Kitsch bringt, der auf diesem Gebiete fabriziert wird? Und manche seiner Kollegen werden sich vor Unbehagen oder Heiterkeit schütteln, wenn sie über dem Sportteil der Dr. N. N. Ueberschriften lesen, wie kürzlich etwa: „Vor schwerwiegenden Umwälzungen auf dem Gebiete des Fußballsports?" Hält er nicht wenigstens einen Teil seiner Kollegen für urteilsfähig und kultiviert genug, daß sie ob dieses Kulturniveaus ihres Blattes mindestens die Achseln zucken? Als in den Dresdner Neuesten Nachrichten jener kinohaft kitschige Bericht einer Berliner Vorkampfkomödie erschien, bei der neben Prenzel weder Fern Andra noch sonst ein Talmizug des schlimmsten Kinos fehlte, wird, wie wir zur Ehre des bürgerlichen Journalismus vorläufig noch annehmen wollen, wenigstens einem Teil der bürgerlichen Journalisten der Ekel hochgestiegen sein.

Und dieses Fronden in Zeitungen, deren Niveau vielen bürgerlichen Redakteuren täglich gegen den Geschmack gehen muß, dieses Arbeiten an Blättern, für die in den allermeisten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230707/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG